



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT
PRESSESTELLE

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 5/2004

22. Januar 2005

➤ Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung wird ausgebaut

Baden-Württemberg und die französischen Regionen Burgund, Elsass und Rhône-Alpes unterzeichnen Absichtserklärung zur Gründung einer gemeinsamen "Akademie der beruflichen Bildung"

Kultusstaatssekretär Helmut Rau: "Akademie ist Paradebeispiel für die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zu Frankreich"

Das Land Baden-Württemberg und die französischen Regionen Burgund, Elsass und Rhône-Alpes wollen ihre grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung weiter ausbauen. Kultusstaatssekretär Helmut Rau und Vertreter der französischen Partnerregionen unterzeichneten im Beisein des französischen Generalkonsuls Henri Reynaud am deutsch-französischen Tag (22. Januar) in Esslingen eine Absichtserklärung zur Gründung einer gemeinsamen "Akademie der beruflichen Bildung" mit Sitz an der Landesakademie für Lehrerfortbildung und Personalentwicklung an Schulen in Esslingen. Rau bezeichnete das Vorhaben als Paradebeispiel für die guten nachbarschaftlichen Beziehungen Baden-Württembergs mit Frankreich.

"Es gibt kaum einen besseren Weg, um die Zusammenarbeit im beruflichen Bereich zu intensivieren, als die direkte Begegnung vor Ort. Mit der Durchführung von gemeinsamen Lehrerfortbildungsmaßnahmen an der neuen Akademie in Esslingen und in unseren französischen Partnerregionen werden die Grundlagen dafür gelegt", sagte der Staatssekretär.

Im Mittelpunkt stehe die Entwicklung von Konzepten zur Stärkung der beruflichen Kompetenzen der Auszubildenden, der Ausbilder und der Führungskräfte. Dies solle durch den regelmäßigen Austausch von Informationen, Sachverstand und Erfahrungen im beruflichen Bereich erreicht werden. Die Gründung der Akademie ist nach den Worten von Staatssekretär Helmut Rau auch "ein Angebot an die Wirtschaft, an der Weiterentwicklung gemeinsamer Strategien zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität junger Auszubildender und Berufstätiger mitzuwirken." Dabei gehe es in erster Linie darum, den jungen Menschen in beiden Ländern die Chancen und beruflichen Möglichkeiten deutlich zu machen, die sich durch das Erlernen der Sprache des Nachbarn bieten. Sprachkompetenz und interkulturelle Kenntnisse erleichterten berufliche Mobilität und Flexibilität. Nur so könnten qualifizierte junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Ausland erfolgreich arbeiten.

Frankreich sei nach wie vor der wichtigste Handelspartner Deutschlands in der Europäischen Union. "Gemeinsame Projekte zwischen Schulen beider Länder werden jährlich in einem Umfang durchgeführt wie in kaum einem anderen Land in der Europäischen Union", betonte Rau. Dies dürfe jedoch nicht Anlass sein, um sich auf dem Erreichten auszuruhen. Baden-Württemberg habe in den vergangenen Jahren damit begonnen, den Stellenwert des Französischunterrichts an beruflichen Schulen kontinuierlich zu stärken. Zu Beginn des Schuljahres 2003/04 seien am Beruflichen Gymnasium neue Lehrpläne in Kraft gesetzt worden, die die Schülerinnen und Schüler auch mit der französischen Arbeitswelt vertraut machen sollen. Bereits seit dem Schuljahr 1999/2000 werde Französisch als neu beginnende Fremdsprache in dieser Schulart vierstündig und nicht mehr dreistündig unterrichtet. Französisch sei auch bei vielen beruflichen Bildungsgängen entweder als Wahlpflichtfach oder als Pflichtfach vorgesehen. Als Beispiel verwies der Staatssekretär auf zahlreiche Kaufmännische Berufskollegs, in denen Französisch als Pflichtfremdsprache im gleichen Stundenumfang wie Englisch unterrichtet werden.

Seit dem Schuljahr 1996/97 betreibe das Land in Freiburg an zwei beruflichen Schulen eine deutsch-französische Berufsschule, die ab dem kommenden Schuljahr an der Kaufmännischen Schule in Lahr erweitert wird.

Bereits seit einigen Jahren könne das Euregio-Zertifikat in der Rheinschiene nach Absolvierung eines Pflichtpraktikums im Elsass abgelegt werden. Mit der Einrichtung der deutsch-französischen Berufsschule in Lahr zum nächsten Schuljahr werde es zudem möglich sein, je einen Teil der dualen Ausbildung in Deutschland und Frankreich zu absolvieren und einen in beiden Ländern anerkannten Berufsabschluss zu erwerben. Zur Stärkung der jeweiligen Partnersprache im Elsass und in Baden-Württemberg seien mit der Académie de Strasbourg bereits vor acht Jahren in Freiburg zahlreiche Sondermaßnahmen vereinbart worden, die von Lehreraustauschmaßnahmen bis zu grenzüberschreitenden Betriebspraktika reichen. Über 85% der Schülerinnen und Schüler der 11. Klasse erhalten Französischunterricht als erste, zweite oder dritte Fremdsprache.

"Die europäische Integration setzt die Kenntnis von Sprache und Kultur des Nachbarn voraus", hob Rau weiter hervor. Der Einigungsprozess Europas gewinne seine Dynamik nicht alleine aus politischen Erklärungen, sondern aus unmittelbaren und persönlichen Begegnungen mit den Menschen in den jeweiligen Nachbarländern. Baden-Württemberg betrachte deshalb die Förderung der französischen Sprache in allen Schularten als eine zentrale politische Aufgabe. Mit Beginn des Schuljahres 2003/04 sei an 470 Grundschulen des Landes Französisch ab Klasse 1 flächendeckend eingeführt. Damit werde an jeder fünften Grundschule des Landes Französischunterricht erteilt. An den Hauptschulen des Landes, deren Regelfremdsprache Englisch ist, erhielten die Schülerinnen und Schüler in Fortsetzung von Grundschulfranzösisch Gelegenheit, an einem dreistündigen französischen Zusatzunterricht teilzunehmen, der zusätzlich die Möglichkeit einer DELF-Zertifizierung beinhaltet. An elf Realschulen und rund 80 Gymnasien des Landes werde Französisch bereits als erste Fremdsprache angeboten. An mehreren Schulen des Landes seien bilinguale Züge eingerichtet worden, bei denen muttersprachliche Lehrkräfte aus Frankreich eingesetzt werden.